Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Umwelt BAFU
Sektion Politische Geschäfte
3003 Bern

23. April 2024

Vernehmlassung zur Klimaschutz-Verordnung Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Januar 2024 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Klimaschutz-Verordnung eingeladen. Dazu nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Wir begrüssen die Vorlage und die wesentliche Ausgestaltung der im Klima- und Innovationsgesetz vorgesehenen Förderinstrumente. Insbesondere die Ausrichtung des neuen Impulsprogramms im Gebäudebereich unterstützt die kantonalen energie- und klimapolitischen Ziele sinnvoll. Die Schwerpunkte «Ersatz Elektroheizungen» und «Ersatz fossile Heizungen bei Mehrfamilienhäusern» stärken die Stromversorgungssicherheit und ergänzen die kantonalen Förderprogramme in Bereichen, wo zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Das geplante Impulsprogramm unterstützt damit das kantonale Energiekonzept bei der gezielten Verstärkung des Gebäudeprogramms.

Besonders begrüssen wir die Umsetzung des Impulsprogramms über das bestehende Instrument «Gebäudeprogramm» von Bund und Kantonen. Dadurch können Synergien genutzt und ein rascher Start ermöglicht werden. Das «Gebäudeprogramm» hat sich über die letzten Jahre erfolgreich etabliert und stellt mit gut eingespielten Abläufen eine schlanke Umsetzung der geplanten Massnahmen auf hohem Qualitätsniveau sicher. Ebenso vereinfacht die starke Anlehnung an das harmonisierte Fördermodell der Kantone (HFM 2015) eine sinnvoll ergänzende und wirkungsvolle Integration des Impulsprogramms in die kantonalen Fördermassnahmen.

Verbesserungspotential sehen wir bei der genaueren Ausgestaltung der Fördermassnahme für Elektroheizungen. Hier soll pro «demontiertem Heizkörper» eine Pauschale ausbezahlt werden. Diese Bezugsgrösse erachten wir als ungeeignet für den Vollzug. Sie bietet viel Raum für Missbrauch und lässt sich nur mit grossem Prüfungsaufwand auf dem erforderlichen Qualitätsniveau vollziehen. Wie beim Gebäudeprogramm bereits bewährt, würde sich hier die Energiebezugsfläche besser als Bezugsgrösse eignen.

Bei der Schaffung der Plattform «Anpassung an den Klimawandel» gemäss Art. 25 der Klimaschutz-Verordnung erachten wir es als entscheidend, dass die Kantone frühzeitig miteinbezogen werden und die Aufgaben mit bestehenden Gefässen, insbesondere dem Cercle Climat, gut abgestimmt sind. Deswegen wäre es hier empfehlenswert zu prüfen, ob z. B. im leitenden Gremium der Plattform eine Vertretung des Cercle Climat vorzusehen ist. Diese Vertretung könnte die Interessen der kantonalen Stellen zusammenführen und Redundanzen minimieren.

Abschliessend verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Energiedirektoren (EnDK) und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zur Vernehmlassung Klimaschutz-Verordnung (KIV), besonders zum Impulsprogramm für den Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz gemäss Art. 50a des Energiegesetzes (EnG; SR 730.0). Wir schliessen uns dieser an.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber